

# Die Zeitungen

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Verlage, Postgebühren ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluss der Anzeigenannahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Rubriken-Listen berechnet; die Zeile 0.01 Goldmark. Verlagsphoton: Neue Promenade 10 und 11. Druck- und Verlagsanstalt: „Halle-Zeitung“ (Halle), Post-Verwaltung: Halle-Zeitung, Halle a. S. 2. Verlags- und Druckerei: Halle-Zeitung, Halle a. S. 2.

### Strefemanns Sieg.

Die Deutsche Volkspartei hat als Erste der großen Parteien in Hannover ihren Parteitag abgehalten. Gestern folgten ihr die Deutschen Nationalen, in einigen Tagen die Demokraten, während die Sozialdemokraten nicht den Mut aufbrachten, ihre Anhänger zusammenzubringen, offenbar weil sie fürchteten, daß sonst die mühsam aufrecht erhaltene Einheit der großen Wahlen auseinanderbrechen würde. Man hat der Deutschen Volkspartei den gleichen Rat gegeben, als am Tage vor der Reichstagsauflösung die Nationalliberale Vereinigung sich gab und damit ein Teil in der Partei sich vorbereiten lassen. Der Parteiführer Dr. Strefemann hat es abgelehnt, der Entscheidung auszuweichen; er hat darauf gedrungen, daß der Parteitag die Klärung brachte. Und der Erfolg hat ihm recht gegeben; es hat sich gezeigt, daß die Differenzen die zum Austritt gebracht werden mußten, bei weitem nicht so tiefgehend waren, wie das nach den Hoffnungen der erwartungsreichen Nachbarparteien schien, daß vielmehr im wesentlichen Temporarily an dem in der Sache vorliegen, die sich über die Anwendung der Partei für den Teil in der Deutschen Volkspartei an sich nicht aufrechterhalten herfür, darüber darf man sich nicht wundern.

Die Partei hat einen ungeheuren Erfolg aus den letzten Wahlen herausgeholt und war die einzige Partei in der Reichstagskommission gewesen und hatte die Aufgabe zu zeigen, was sie zu leisten imstande war. Wenn man den Ideal nicht die Ergebnisse der letzten vier Jahre gewöhnlich gering. Aber es kann doch niemand bestreiten, daß wir in den vier Jahren seit dem letzten Reichstag ein großes und wichtiges Werk geleistet haben. Die Partei hat sich in der Reichstagskommission nicht nur als die Partei der Zukunft erwiesen, sondern auch als die Partei der Gegenwart. Die Partei hat sich in der Reichstagskommission nicht nur als die Partei der Zukunft erwiesen, sondern auch als die Partei der Gegenwart. Die Partei hat sich in der Reichstagskommission nicht nur als die Partei der Zukunft erwiesen, sondern auch als die Partei der Gegenwart.

### Bedauerliche Zusammenstöße in Berlin.

Berlin, 2. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Wagen mit der Leiche des in französischer Gefangenschaft verstorbenen kaiserlichen Witz Freyer traf heute vormittag aus Frankreich auf dem Anhalter Bahnhof ein. Die Überführung der Leiche wurde von der Reichsregierung mit Anlauf einer nationalen Trauerfeierlichkeit genommen. Am der Kampe des Bahnhofs hatte eine Reichswehrkompanie Aufstellung genommen. Gegen 10 Uhr fuhr Reichsminister Götzer und Vizelandgraf Dr. Jarres vor, um sich gleich ins Empfangszimmer des Bahnhofs zu begeben, in dem die Trauerfeier stattfand. Vizelandgraf Dr. Jarres hielt eine kurze Ansprache. Dann legten die Vertreter einzelner Verbände Kränze auf den Sarg nieder, worauf eine Musiktruppe der Reichswehr „Ich halt' einen Kameraden“ spielte. Sodann wurde der Sarg auf den Wagen getragen. Wieder wurde die Feier durch Zusammenstöße zwischen den sehr zahlreich erschienenen rechtsradikalen Verbänden und der gleichfalls erschienenen republikanischen Vereinigung in bedauerlicher Weise getrübt. Vor dem Gange ins Sittlergestirn in voller Hitzeform mit einem großen Fahnenzug am Kermel und trug auf einem Kränze die Orden des Verstorbenen. Hinter dem Zeichenwagen folgten nur die Wagen der einzelnen Familienangehörigen unter dem Geleit einer besetzten Wache der Schutzpolizei. Nach den An-

ordnungen, die vorher getroffen worden waren, sollten sich die einzelnen Verbände sofort auflösen. Es wurde befohlen, daß die Fahnenkränze eingeklinkt werden sollten. Statt dessen zogen die Nationalsozialisten und Parteiführer ihre Fahnen nicht ein, sondern verließen, in geschlossenem Zuge abzumarschieren. In der Schöneberger Straße stehen sich mit schwarzrotgoldenen Fahnen zusammen. Es kam zu sehr erregten Zusammenstößen mit der Polizei, die verurteilte, den Verbänden die Fahnen wegzunehmen. Schnell sammelten sich Tausende auf der Straße. Es kam zu Schlägereien zwischen den Republikanern und den Deutschvölkischen. Im Augenblick, um 11 Uhr, war die Ruhe noch nicht wiederhergestellt. Der Polizei ist es noch nicht gelungen, die Menge, die immer größer wird und eine recht drohende Haltung einnimmt, auseinanderzutreiben.

### „Verhönerungsarbeit“ der Sachverständigen.

Paris, 2. April. Wie neuerdings aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der Sachverständigenrat am Montag der Reparationskommission vorgelegt werden. Es habe sich die Notwendigkeit herausgestellt, in dem Bericht gewisse Aufklärungen vorzunehmen. Voraussichtlich wird das zweite Komitee seinerseits morgen seine Schlussfolgerungen nach einmal Überprüfen. Zwischen den Mitgliedern der Ausschüsse soll zuerst völliges Einverständnis bestehen.

### Drohungen der Micum.

Genève, 2. April. Bei den seitlichen Besprechungen der Micum mit Vertretern der Arbeitgeber und Angestellten wurde auch den Micum erklärt, würden die Forderungen nach dem 15. April einseitig, so würde das nun den Reklamationsämtern als Wiederbeginn des alten Widerstandes betrachtet werden, und wie im vorigen Jahre Sanktionen mit allen Konsequenzen nach sich ziehen.

### Generalstreik in Belgien?

Brüssel, 2. April. In Antwerpen hat der größte Teil des Straßenbahnpersonals mit 255 gegen 15 Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. Heute werden verschiedene Malwarenfabriken streikend, in deren Verlauf die übrigen Angestellten zu dem Streikschluß Stellung nehmen sollen. Es heißt, daß es dann zu einem Generalstreik kommen werde.

### Tumult in der französischen Kammer.

Paris, 2. April. Die Kammerdebatten über die Regierungserklärung und die sich daran anschließende Interpellation hat nachmittags 4 Uhr begonnen. Ein Wort kam zurück der kommunistischen Abgeordnete Lafont. Der zwei Interpellationen über die noch unter der vorigen Regierung beschlossenen Ermordungsangelegenheiten, sowie über die französische Kolonialpolitik eindringen wollte. Lafont forderte Beurlaubung der Interpellanten, bis zum Abschluss der Debatte über die Ermordungsangelegenheiten. Er erklärte, solange es das Vertrauen nicht ausgesprochen ist, hat das Land überhaupt noch keine Regierung. Es kam schließlich zu großen Tumulten, als einige Abgeordnete darauf bestanden, ihre Interpellationen sofort beenden zu können. Schließlich wurde eine Einigung dahin erzielt, daß aus der Sprache der Abgeordneten, der Abgeordnete Lafont, seine Interpellation über die Ermordungsangelegenheiten begründete. Lafont machte Briand zum Wortführer, daß dieser alle Fragen im Sinne der Interpellation zu beantworten hätte. Er erwiderte, daß die Interpellation über die Ermordungsangelegenheiten nicht zum Inhalt der Debatte über die Ermordungsangelegenheiten gehören würde. Die Sitzung wurde unter lauten Beifall der gesamten Rufen. Die Unruhe wurde immer lebhafter, als Lafont erwiderte, daß er nicht alle Fragen im Sinne der Interpellation zu beantworten hätte. Die Sitzung wurde unter lauten Beifall der gesamten Rufen. Die Unruhe wurde immer lebhafter, als Lafont erwiderte, daß er nicht alle Fragen im Sinne der Interpellation zu beantworten hätte.

### Reichstags- und Gemeindevorhaben im Eintragsgebiet.

Nach einer Mitteilung des kommandierenden Generals an den Regierungspräsidenten hat die Reichstagskommission die Aufnahme der Reichstags- und Gemeindevorhaben im neudefinierten Gebiet genehmigt unter der Voraussetzung, daß die Vorarbeiten in Bezug auf Presse- und Verwaltungsrecht beendigt werden.

### Die Gründe des Hitlerurteils.

Demokratiker für Hitler und Ludendorff. In der Begründung des Urteils gegen Hitler und Götzer heißt es u. a.: Weiter des Kampfbundes wurde die Angelegenheit Hitler und Götzer. Die Angelegenheit behaupten, daß im Grunde einvernehmlich mit Kahr, Lohmann und Seifert befehligt, daß sie aber nicht auf sich als die Entschuldigbarkeit ausdrücken, das gemeinlich Gewollte in die Tat umzusetzen. Nach der Behauptung der Angelegenheit bestand dieses Gewollte in der Lösung der deutschen Frage entsprechend dem Kampfbundprogramm in der Weise, daß in Bayern eine großdeutsch einseitige, aus den Teilen des Nationalismus beseitigte deutsche nationale Diktatur ausgerufen und mit Gewalt nach Berlin verlagert werden sollte, um dem reichsüberwindenden internationalen Marxismus aufzubeugen zu gehen. Das sollte mit Hilfe der nationalen Armee geschehen, als deren Grundloos unter ganzem Reichswehr und die Landespolizei angesehen wurde, von denen man überzeuget war, daß sie sich auf die Seite des Kampfbundes stellen würden.

### Um die Gestalt der Separation betreffende Aufklärung eines Direktors Minour-Gandeeff

Um die Gestalt der Separation betreffende Aufklärung eines Direktors Minour-Gandeeff mit ihren großen katastrophalen Folgen zu verhindern, will Hitler glaubt haben, dafür sorgen zu müssen, daß der ursprüngliche Plan des Marzches nach Berlin zur Durchführung komme. Als Zeitpunkt am Samstag den 1. April, der 8. November befristet. Im Laufe des 7. November befristet Hitler keine Ideen mit Dr. Weber und Kriebel; Kriebel wehrte er am 8. November nachmittags ein. Kahr, Lohmann und Seifert sollten nach diesen Überlegungen im Bürgerbräukeller in ein Redenszimmer gebeten werden. Dort wollte man ihnen vorstellen, daß nur die Zeit zum Handeln gekommen sei. Die Unterführer der Kampfbundverbände, auch auswärts, bekamen Kenntnis von der Manipulation am vorher bestimmten Orte für den Abend zu sammeln. Es wurde ferner beschlossen, unmittelbar nach Ausrufung der Diktatur Exz. Ludendorff herbeizurufen, wobei man jedoch ausdrücklich davon Abstand nahm, ihn vorher einzuladen. In tatsächlicher Hinsicht wurde die Ausführung von den Angelegenheiten, in denen die Infrage des Landes des Herrschers erblich, folgendes zur Erläuterung:

### Hitler, Kriebel, Weber sind die Urheber des Planes, Kahr, Lohmann, Seifert sind die ihm zugehörigen Kollaboranten.

Es sind deshalb Kahr, Lohmann und Seifert, voran- gesetzt, daß ein weiterer Handlung überhaupt nicht, als Mittäter im Sinne des § 47 des Strafgesetzbuches anzusehen.

### Die Beteiligung der bayerischen Regierung und die Ernennung von Kahr und Lohmann zu Generaloberen in Bayern waren nur Mittel zum Zweck, um die Bildung der Reichsregierung in Bayern aus zu verhindern.

Zur Verhinderung der Bildung der Reichsregierung in Bayern wurde Hitler, Kriebel, Weber und Seifert am 1. April, der 8. November befristet die übrigen Angelegenheiten heranzugewinnen und ihnen ihre Aufgaben zugewiesen. Mit ihrem verständnis hat Hitler die Reichsregierung abgelehnt und sofort die neue Regierung mindestens in ihren Hauptpunkten befestigt. Auch von dem Gesichtspunkt des Hoflandes aus läßt sich das Unternehmen der Angelegenheiten nicht rechtfertigen. Ludendorff behauptet, er habe mit Kahr, Lohmann und Seifert auch am 8. und 9. November nur an der vor diesen drei Herren in der Hauptverhandlung dargelegten, oben genau umrissenen Idee der Errichtung einer verfassungsmäßigen Reichsregierung in Bayern teilgenommen. Er hat dem Gedanken auch keine Unterlegung zugelegt und sich selbst um Gewinn tragfähiger Namen aus dem Norden bemüht, ja noch bei der Vernehmung am Nachmittag des 8. November mit Kahr, Lohmann und Seifert neu erdachte Aussagen gemacht, um die Verhinderung der Reichsregierung in Bayern zu verhindern.

### Das Ludendorff, wie die Infragestellung annehmen, der Infragestellung und dem unangenehmen Stimm gestellt hat, hat die Hauptverhandlung nicht bestritten. Seine Teilnahme an dem Propagandabüro hatte jedenfalls, nach einem glaubwürdigen Zeugnis, nicht die Bedeutung, das Hitler die Teilnahme an dem Propagandabüro hatte.

Bezüglich der übrigen Angelegenheiten kann hinsichtlich des Strafausmaßes auf das Bezug genommen werden, was der Staatsanwalt gegenüber der Angelegenheiten hervorgebracht hat. Auch das Gericht hat in der Verhandlung festgestellt, daß die Angelegenheiten bei ihrem Verlauf nach rechtsradikalen Gesichtspunkten und nicht nach rechtsradikalen Gesichtspunkten abzuwickeln waren. Allen rechtsradikalen Gründen stehen aber auch gewichtige strafrechtliche Erwägungen gegen-

### Die Gründe des Hitlerurteils.

Demokratiker für Hitler und Ludendorff. In der Begründung des Urteils gegen Hitler und Götzer heißt es u. a.: Weiter des Kampfbundes wurde die Angelegenheit Hitler und Götzer. Die Angelegenheit behaupten, daß im Grunde einvernehmlich mit Kahr, Lohmann und Seifert befehligt, daß sie aber nicht auf sich als die Entschuldigbarkeit ausdrücken, das gemeinlich Gewollte in die Tat umzusetzen. Nach der Behauptung der Angelegenheit bestand dieses Gewollte in der Lösung der deutschen Frage entsprechend dem Kampfbundprogramm in der Weise, daß in Bayern eine großdeutsch einseitige, aus den Teilen des Nationalismus beseitigte deutsche nationale Diktatur ausgerufen und mit Gewalt nach Berlin verlagert werden sollte, um dem reichsüberwindenden internationalen Marxismus aufzubeugen zu gehen. Das sollte mit Hilfe der nationalen Armee geschehen, als deren Grundloos unter ganzem Reichswehr und die Landespolizei angesehen wurde, von denen man überzeuget war, daß sie sich auf die Seite des Kampfbundes stellen würden.

### Kahr, Lohmann und Seifert befehligten die Bewegung, welche die Angelegenheiten zu der Überzeugung berechtigten, daß sie ihrerseits an die Möglichkeit der Durchführung ihrer in Bayern angestrebten Pläne glaubten.

Um die Gestalt der Separation betreffende Aufklärung eines Direktors Minour-Gandeeff mit ihren großen katastrophalen Folgen zu verhindern, will Hitler glaubt haben, dafür sorgen zu müssen, daß der ursprüngliche Plan des Marzches nach Berlin zur Durchführung komme. Als Zeitpunkt am Samstag den 1. April, der 8. November befristet. Im Laufe des 7. November befristet Hitler keine Ideen mit Dr. Weber und Kriebel; Kriebel wehrte er am 8. November nachmittags ein. Kahr, Lohmann und Seifert sollten nach diesen Überlegungen im Bürgerbräukeller in ein Redenszimmer gebeten werden. Dort wollte man ihnen vorstellen, daß nur die Zeit zum Handeln gekommen sei. Die Unterführer der Kampfbundverbände, auch auswärts, bekamen Kenntnis von der Manipulation am vorher bestimmten Orte für den Abend zu sammeln. Es wurde ferner beschlossen, unmittelbar nach Ausrufung der Diktatur Exz. Ludendorff herbeizurufen, wobei man jedoch ausdrücklich davon Abstand nahm, ihn vorher einzuladen. In tatsächlicher Hinsicht wurde die Ausführung von den Angelegenheiten, in denen die Infrage des Landes des Herrschers erblich, folgendes zur Erläuterung:

### Hitler, Kriebel, Weber sind die Urheber des Planes, Kahr, Lohmann, Seifert sind die ihm zugehörigen Kollaboranten.

Es sind deshalb Kahr, Lohmann und Seifert, voran- gesetzt, daß ein weiterer Handlung überhaupt nicht, als Mittäter im Sinne des § 47 des Strafgesetzbuches anzusehen.

### Die Beteiligung der bayerischen Regierung und die Ernennung von Kahr und Lohmann zu Generaloberen in Bayern waren nur Mittel zum Zweck, um die Bildung der Reichsregierung in Bayern aus zu verhindern.

Zur Verhinderung der Bildung der Reichsregierung in Bayern wurde Hitler, Kriebel, Weber und Seifert am 1. April, der 8. November befristet die übrigen Angelegenheiten heranzugewinnen und ihnen ihre Aufgaben zugewiesen. Mit ihrem verständnis hat Hitler die Reichsregierung abgelehnt und sofort die neue Regierung mindestens in ihren Hauptpunkten befestigt. Auch von dem Gesichtspunkt des Hoflandes aus läßt sich das Unternehmen der Angelegenheiten nicht rechtfertigen. Ludendorff behauptet, er habe mit Kahr, Lohmann und Seifert auch am 8. und 9. November nur an der vor diesen drei Herren in der Hauptverhandlung dargelegten, oben genau umrissenen Idee der Errichtung einer verfassungsmäßigen Reichsregierung in Bayern teilgenommen. Er hat dem Gedanken auch keine Unterlegung zugelegt und sich selbst um Gewinn tragfähiger Namen aus dem Norden bemüht, ja noch bei der Vernehmung am Nachmittag des 8. November mit Kahr, Lohmann und Seifert neu erdachte Aussagen gemacht, um die Verhinderung der Reichsregierung in Bayern zu verhindern.

### Das Ludendorff, wie die Infragestellung annehmen, der Infragestellung und dem unangenehmen Stimm gestellt hat, hat die Hauptverhandlung nicht bestritten. Seine Teilnahme an dem Propagandabüro hatte jedenfalls, nach einem glaubwürdigen Zeugnis, nicht die Bedeutung, das Hitler die Teilnahme an dem Propagandabüro hatte.

Bezüglich der übrigen Angelegenheiten kann hinsichtlich des Strafausmaßes auf das Bezug genommen werden, was der Staatsanwalt gegenüber der Angelegenheiten hervorgebracht hat. Auch das Gericht hat in der Verhandlung festgestellt, daß die Angelegenheiten bei ihrem Verlauf nach rechtsradikalen Gesichtspunkten und nicht nach rechtsradikalen Gesichtspunkten abzuwickeln waren. Allen rechtsradikalen Gründen stehen aber auch gewichtige strafrechtliche Erwägungen gegen-

